

Presseerklärung

Der Deutsche Richterbund – NRW – begrüßt das heute in Düsseldorf von der Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter vorgestellte Konzept zur Neustrukturierung des Landespräventionsrats.

Es ist aus Sicht der Gerichtspraxis richtig, den Landespräventionsrat mit einem neuen Konzept wiederzubeleben. Dabei ist es wichtig, dieses Gremium weiterhin mit unabhängigen Fachleuten zu besetzen. Ihr Rat ist unverzichtbar. Andererseits war es aber auch notwendig, Vertreter der Regierung in das Gremium zu entsenden, um die Arbeit des Landespräventionsrats mit den politischen Schwerpunkten der Landesregierung zu harmonisieren. Auch der primären Ausrichtung auf die Bekämpfung der Gewaltkriminalität ist im Hinblick auf den starken Anstieg der Fallzahlen in den letzten Jahren in diesem Bereich zuzustimmen.

Der DRB – NRW – erwartet allerdings nun auch eine finanzielle Ausstattung des Landespräventionsrats, die eine effektive Arbeit ermöglicht.

Der Vorsitzende des DRB – NRW – VPrLG Jens Gnisa hierzu:

„Wir freuen uns, dass die Landesregierung nun einen wichtigen Schritt getan hat, um die Gewaltkriminalität zu bekämpfen. Dabei war es wichtig, die Geschäftsführung dem Justizministerium zu übertragen. Denn häufig sind Straftaten das Ergebnis gesellschaftlicher Fehlentwicklungen, die im Strafverfahren offensichtlich werden. Auf diese Erfahrung der Gerichte und Staatsanwaltschaften kann nun zurückgegriffen werden.“

Bei weiteren Rückfragen wenden Sie sich bitte an: VPrLG Jens Gnisa: 0171/3426655

Der Deutsche Richterbund - Landesverband Nordrhein-Westfalen – ist mit 2.850 Mitgliedern bei ca. 5.400 Richtern und Staatsanwälten im Land Nordrhein-Westfalen deren größter Berufsverband.